

Remigration: ein „Geh-heim-Plan“?

Vom Fachbegriff zum Kampfbegriff: wie ein „Unwort“ Gesellschaft und Sprachpflege spaltet

Von Thomas Paulwitz

Fremdwörter haben einen Vorteil: Sie sind meist unbelastet und können neu mit Begriffen besetzt werden. Fremdwörter haben aber eben deswegen auch einen entscheidenden Nachteil: Sie eignen sich besonders gut für Unschärfen, Mißverständnisse und Unterstellungen, weil sie der Auslegung bedürfen. Das zeigt der Streit im Januar dieses Jahres um den Ausdruck „Remigration“. Binnen kürzester Zeit wandelte sich das aus dem Lateinischen abgeleitete Wort („re“ = zurück; migrare = wandern) von einem Fachbegriff zu einem Kampfbegriff.

Anteil daran hatten verschiedene Gruppen: von der Medienplattform „Correctiv“ über die Aktion „Unwort des Jahres“ bis hin zur „Identitären Bewegung“. Zahlreiche Medien und Politiker warnten rund um das Wort „Remigration“ vor der Gefahr einer rechtsextremen Verschwörung. Auch die organisierte Sprachpflege und hier besonders der „Verein Deutsche Sprache“ (VDS) wurde ein Opfer dieser öffentlichen Auseinandersetzung. Ein Vorstandsmitglied sah sich sogar gezwungen, Amt und Mitgliedschaft niederzulegen. Es kam zu Vereinsaustritten (siehe Seite 5).
Zuschreibern verunsicherter Leser erreichten auch die DEUTSCHE SPRACHWELT, obwohl sie organisatorisch nicht mit dem VDS verbunden ist; zum Beispiel, ob wir nicht etwa auch „bei diesem Nazitreffen in Potsdam“ gewesen seien. (Waren wir nicht.) Ein Leser verwechselte uns mit dem VDS und polterte, daß wir mit Rechtsextremen gemeinsame Sache machten. (Machen wir nicht.) Auch wegen solcher Anfragen und Anschuldigungen müssen wir uns damit auseinandersetzen und den Standpunkt der Sprachpflege verdeutlichen.

Remigration = Rückkehr?

Bis vor kurzem war das Wort „Remigration“ nur wissenschaftlichen Fachkreisen und Anhängern der rechtsgerichteten Identitären Bewegung geläufig. Jetzt spricht ganz Deutschland darüber. Die einen verstehen darunter die geordnete Rückkehr sich unrechtmäßig im Land aufhaltender Ausländer in ihre Heimat. Die anderen setzen das Wort gleich mit Vertreibungen oder gar Deportationen, also massenhaften gewaltsamen Ausweisungen. Diese Aufwindung mit völlig unterschiedlichen Begriffen hat das Wort für die öffentliche Debatte letztlich völlig unbrauchbar gemacht.

Remigration = Rückwanderung?

Was versteht man eigentlich unter „Remigration“? Die „Bundeszentrale für politische Bildung“ (bpb) klärt auf: „Rückwanderung (oder Remigration) bezeichnet die Rückkehr von Migrantinnen und Migranten in ihr Herkunftsland bzw. an den Ausgangsort ihrer Migration. Eine Rückwanderung erfolgt, wenn der individuell oder kollektiv wie auch immer definierte Erfolg oder Misserfolg des Migrationsprojekts im Zielgebiet die Rückkehr in die Heimat möglich oder nötig macht.“
So lautete ursprünglich die Definition, die Jochen Oltrner in „Globale Migration: Geschichte und Gegenwart“ im Jahr 2017 für die bpb verfaßt hatte. Nun änderte und erweiterte die Bundeszentrale am 17. Januar

die Definition. Unter anderem strich die Behörde, die dem Bundesministerium des Innern und für Heimat unter Nancy Faeser (SPD) untersteht, ausgerechnet die Wörter „in die Heimat“.

Remigration = Ausweisung?

Bemerkenswert ist jedoch vor allem dieses Erweiterung: „Seit einigen Jahren wird der Begriff ‚Remigration‘ verstärkt von rechts-populistischen und rechtsextremen Akteuren genutzt und im Sinne ihrer Ideologie politisch umgedeutet: als Euphemismus für die Forderung nach massenhaften Ausweisungen von Menschen mit Migrationshintergrund. ‚Remigration‘ wurde zum Unwort des Jahres 2023 gewählt.“

Remigration = Abwanderung?

Mit „rechtsextremen Akteuren“ meint die Bundeszentrale hier wahrscheinlich auch den Österreicher Martin Sellner, den führenden Kopf der vom Bundesverfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft Identitären Bewegung. Seit Jahren hält Sellner Vorträge über die seiner Ansicht nach notwendige „Remigration“. Auch mit Hilfe von Aktionen versucht er, dieses Wort bekanntzumachen und die Debatte in seinem Sinne zu lenken. Im März erschien im Antaios-Verlag sein Buch „Remigration – ein Vorschlag“.

Das Buch lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. In der Beschreibung definiert der Verlag das Wort folgendermaßen: „Remigration“ bedeutet Abwanderung und bezeichnet damit einen ebenso normalen Vorgang wie den der Anwerbung von Gastarbeitern oder die zeitlich begrenzte Aufnahme von Flüchtlingen.“

Remigration = Vertreibung?

Sellner betone „in seinem Buch die Abgrenzung der Remigration von unmenschlichen Szenarien. Remigration hat mit Vertreibung nichts zu tun. ... Es geht vielmehr um Anreizsysteme, um freiwillige Ausreise und um klare Kriterien wie Kriminalität, politische Religiosität und kulturelle Ferne.“

Sellners politische Gegner glauben allerdings, daß er hier flunkert und unter Remigration eben doch härtere Maßnahmen bis hin zu Vertreibung und Deportationen versteht. Der Verlag behauptet hingegen: „Der politische Gegner bekämpft den Begriff der Remigration, indem er ihn mit Horrorszenarien gleichsetzt. In der politischen Auseinandersetzung ist Sellners Buch also auch ein Beitrag im Kampf um Begriffe.“ Hätte Sellner allerdings ein deutlicheres Wort genommen, gäbe es freilich diesen Kampf gar nicht erst.

Remigration = Rückführung?

Die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer in Deutschland ist groß. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums lag sie Ende 2022 bei 304.000 Personen, Ende 2023 bei rund 243.000. (Die Zahl ist nur aufgrund eines politischen Tricks gesunken, weil das Bundesinnenministerium 54.000 ausreisepflichtigen Personen eine für 18 Monate befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt hat.) Da jährlich nur rund 13.000 Ausländer abgeschoben werden, hat sich ein sozialer Sprengstoff entwickelt, der sich immer stärker auch im öffentlichen Sprachgebrauch widerspiegelt.

Im Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 einigten sich die Ampelparteien auf die Straße gingen, um gegen übertriebene Remigration und für ein Verbot der AfD zu demonstrieren?

Die Medienplattform „Correctiv“ veröffentlichte am 10. Januar den Text „Geheimplan gegen Deutschland“. Dieser Bericht brachte auch den Verein Deutsche Sprache in große Schwierigkeiten. Die Unabhängigkeit von „Correctiv“ ist fraglich, denn es wird auch von der Bundesregierung finanziert und ist immer wieder Gast im Bundeskanzleramt. Die SPD-nahe Geschäftsführerin Jeannette Gusko traf zum Beispiel rund eine Woche vor dem 25. November 2023 Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), wie das Magazin „Nius“ herausfand.



Karikatur: Zeller

An jenem Tag hatten sich in dem noblen Landhaus „Adlon“ bei Potsdam rund zwei Dutzend Personen getroffen, um sich Vorträge über gesellschaftspolitische Themen anzuhören. Unter den Teilnehmern waren Mitglieder von CDU und AfD, aber auch ein Vorstandsmitglied des Vereins Deutsche Sprache, nämlich die Unternehmerin und Journalistin Silke Schröder. Brisant: Einen Vortrag hielt auch der bereits erwähnte, vom Verfassungsschutz beobachtete Martin Sellner. In einem Unterpunkt seiner Ausführungen ging er auch auf sein Lieblingsthema „Remigration“ ein.

Remigration = rechtsradikales Wording?

Trotz des Genderns war Erik Marquardt, grüner Abgeordneter im Europaparlament, von dieser Stellenbezeichnung nicht begeistert: „Damit normalisiert Rostock eskalates rechtsradikales Wording für Deportationsfantasien.“ Die Stadt Rostock argumentiert hingegen, daß Verwaltungen den Ausdruck „Remigration“ schon lange als Sammelbegriff sowohl für freiwillige Rückkehrangebote als auch für Abschiebungen von Ausländern nutzten. Die Begriffsverwirrung scheint vollendet.

Remigration = Abschiebung?

Am 18. Januar dieses Jahres beschloß nun der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien und gegen CDU/CSU und AfD das „Rückführungsverbesserungsgesetz“. Der Gesetzentwurf stammt von Heimatministerin Faeser. Sie betonte: „Diese restriktiven Maßnahmen sind notwendig.“

Bereits im Oktober 2023 hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im „Spiegel“ gefordert: „Wir müssen endlich im großen Stil, diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.“ Bei unbegrenzter Zuwanderung könne man nämlich den Sozialstaat nicht mehr aufrechterhalten. An diesem neuen Tonfall in der Migrationspolitik sind wohl die gestiegenen Umfragewerte für die AfD nicht ganz unerschuldigt.

Remigration = Geheimplan gegen Deutschland?

Die Remigrationsbemühungen der Bundesregierung waren bislang wenig erfolgreich. Ist es ein Zufall, daß fast genau eine Woche vor der Abstimmung im Bundestag eine mutmaßliche Verschwörung bekannt wurde, in deren Folge Zehntausende

weising deutscher Staatsbürger oder eine Ausweisung aufgrund rassistischer Kriterien gesprochen worden. Später kam es zu mehreren Anzeigen von Teilnehmern gegen „Correctiv“, etwa vom Staatsrechtler Ulrich Vosgerau (CDU). Dem Bericht wird zudem in mehreren eidesstattlichen Versicherungen widersprochen. Die juristische Aufarbeitung war bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

Remigration = Unwort?

Obwohl das Wort erst durch die Berichterstattung seit dem 10. Januar 2024 breite Bekanntheit erlangte, kürte die „Sprachkritische Aktion Unwort des Jahres“ am 15. Januar „Remigration“ zum Unwort 2023. Der Ausdruck sei „zu einem Euphemismus für die Forderung nach Zwangsausweisung bis hin zu Massendeportationen von Menschen mit Migrationsgeschichte geworden.“ Man solle das Wort nicht verwenden, „weil es 2023 als rechter Kampfbegriff, beschönigende Tarnwörter und ein die tatsächlichen Absichten verschleiender Ausdruck gebraucht wurde.“ Der Fachausdruck werde nämlich „so umgedeutet, dass eine politisch geforderte – menschenwürdige Abschiebe- und Deportationspraxis verschleiert wird.“

Das Preisgericht, dem diesmal auch der CDU-Politiker Ruprecht Polenz angehörte, führte weiter aus: „Die Neue Rechte zielt mit dem Wortgebrauch darauf ab, kulturelle Hegemonie und ethnische Homogenität zu erlangen. Das, was mit der Verwendung des Wortes gefordert wird, verletzt freiheitliche und bürgerliche Grundrechte von Menschen mit Migrationsgeschichte.“

Remigration = Vernichtung?

Die Aktion von „Correctiv“ hört sich an wie aus einem Geheimagentenfilm: Ein Mitarbeiter belauschte heimlich das private Treffen. Um das Hotel herum versteckte „Correctiv“ außerdem mehrere Filmkameras. Darüber hinaus arbeitete „Greenpeace“ nachrichtendienstlich zu.

Nach der Auswertung des Lauschangriffs kam „Correctiv“ zu dem Schluß, daß die Tagungsteilnehmer „nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland“ planten. Ein auf mehreren Bühnen aufgeführtes Theaterstück mit größtenteils erfundenen Texten dramatisierte das Potsdamer Treffen.

Außerdem bringt der Beitrag von „Correctiv“ die Gespräche über Remigration mit der Judenverfolgung in Zusammenhang: „Knapp acht Kilometer entfernt von dem Hotel steht das Haus der Wannseekonferenz, auf der die Nazis die systematische Vernichtung der Juden koordinierten.“ Sellners Ausführungen erinnerten an Pläne der Nationalsozialisten, „vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren.“

Remigration = Deportationen?

Somit war der Rahmen für die öffentliche Diskussion gesteckt. Der grüne Bundestagsabgeordnete Kai Gehring nannte die belauschte Veranstaltung gar ein „Massendeportationsplanungstreffen am Wannsee“.

Da nutzte es vorerst nichts, daß nicht nur die Teilnehmer, sondern auch Hotelbesitzer Wilhelm Wilderink, ein örtlicher CDU-Politiker, die Tagung ganz anders wahrgenommen hatten. Es sei gar nicht über die Aus-

Das Eindringen des Wortes „Remigration“ in den allgemeinen Sprachgebrauch führe zu einer „Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Positionen.“ Kritiker bemängelten, daß die Wahl zum „Unwort“ eben genau das fördert: das Eindringen in den allgemeinen Sprachgebrauch. Und Martin Sellner durfte sich über diese kostenlose Werbung für sein neues Buch über Remigration freuen. Da seine Ideen schon lange bekannt sind, verspotteten seine Anhänger den mutmaßlichen Geheimplan als „Geh-heim-Plan“.

Früher sprach man in der Politik von einem „Verein für deutliche Aussprache“: Der damalige niedersächsische Ministerpräsident und spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) brauchte 1997 nicht über „Remigration“ zu schwadronieren. Als er sagte, „Kriminelle Ausländer raus, und zwar schnell“, da wußte jeder, was damit gemeint ist, sofort.

Remigration = unbrauchbares Wort!

Richtig ist: Die öffentliche Diskussion hat das Fremdwort „Remigration“ völlig unbrauchbar gemacht. Jeder versteht etwas anderes darunter. Den Streithähnen und -hennen könnte ein Sprachfreund daher sagen: „Wenn ihr Abschiebung meint, spricht von Abschiebung. Wenn ihr Vertreibung meint, spricht von Vertreibung, wenn ihr Rückkehr meint, spricht von Rückkehr. Und hört einander zu. Dann gibt es auch hoffentlich nichts mehr zu unterstellen und hineinzudeuteln.“

Früher sprach man in der Politik von einem „Verein für deutliche Aussprache“: Der damalige niedersächsische Ministerpräsident und spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) brauchte 1997 nicht über „Remigration“ zu schwadronieren. Als er sagte, „Kriminelle Ausländer raus, und zwar schnell“, da wußte jeder, was damit gemeint ist, sofort.